

Kapitulation & Regulierung

Categories : [Bitcoin - Steuern - Steuerfahndung](#), [Krise des Finanzsystems](#), [Kryptowährungs Angebote](#), [XXXNewsletter](#)

Bitcoin wie auch alle anderen unabhängigen Kryptowährungen sollten zerstört werden.

Die Überhitzung des Bitcoin Marktes im Dezember 2017 schien ideale Voraussetzungen dafür zu bieten. Die Preisblase, aufgeheizt nicht zuletzt von Taxifahrern, Händlerinnen von Gemüse auf den Wochenmärkten und unterklassigen Vertriebsleuten, die ihre Lebensversicherungen niemandem mehr andrehen konnten, heizten in blinder Gier auf Teilhabe an dem irrationalen Preisaufschwung die Blase immer weiter auf.

Das musste platzen, so etwas platzt immer.

Diese Chance, Bitcoin & Co den Todesstoss zu versetzen, wollten sich die Hochsteuerländer im Verbund mit dem althergebrachten Finanzsystem und der ihnen ergebenen Systempresse nicht entgehen lassen. Der völlig natürliche Absturz des Bitcoin-Preises von seinem irrationalen Hoch wurde begleitet vom Klageweibergesang des Systems auf die vermeintliche "Leiche Bitcoin". Die führenden Köpfe des Finanzsystems äusserten sich zum "Ende des Bitcoins", die halbgebildete Journaille der Zeitungen stimmte ein, und die sog. Eliten aus der Politik ergänzten den Schwanengesang und erklärten alles für Teufelszeug, das nun endlich sein Ende finde.

Ergänzt wurde das durch laut propagierte Verbote in diversen Ländern gegen Bitcoin Börsen etc., was den Eindruck zur Gewissheit stilisieren sollte, dass das letzte Stündlein des Bitcoin endgültig geschlagen hatte. Die Parole für die ausgescherten Taxifahrer, Marktfrauen und Versicherungsvertreter lautete:

"Heim ins Reich der Sicherheit des bekannten Finanzsystems!"

Den Schlusspunkt setzen sollte der G20 Gipfel in Argentinien vom 19. und 20. März in Buenos Aires. Im Vorfeld dieses Gipfels erreichte die Hysterie der Kampagne gegen die Kryptowährungen ihren Höhepunkt und zeitgleich den Tiefpunkt des Bitcoin Preises.

Aber schon wenige Tage vor dem Gipfel deutete sich an, dass das Vorhaben vor dem Zusammenbruch stand. Der richtige Zeitpunkt, Bitcoin wieder zu zerstören, war bereits verpasst worden.

In Japan war der Bitcoin längst als Währung anerkannt worden. Er hatte in Nippon bereits eine breite Palette an Menschen erreicht und für sich eingenommen, die ihn ganz selbstverständlich nutzen. Folgerichtig meldete ein Vertreter der japanischen Regierung bereits wenige Tage vor dem Gipfel Zweifel an einer einheitlichen internationalen Kampfgemeinschaft gegen den Bitcoin an:

„Die allgemeine Stimmung unter den G20-Mitgliedern ist, dass zu strikte Regulierung

nicht gut wäre.“

So kam es dann auch - das war es!

Der G20 Gipfel von Buenos Aires im März 2018 ist das Stalingrad für das herrschende Finanzsystem geworden. Der Sieg Russlands im zweiten Weltkrieg um Stalingrad im Winter 1942/1943 war noch nicht das Kriegsende - aber diese Schlacht markierte die endgültige Trendwende.

Die Folgen des Bitcoin-Schlachtsieges von Buenos Aires:

1. Die hoffnungslos überschuldeten Industrienationen müssen sich damit abfinden, dass es auf Dauer mit dem Bitcoin und den Kryptowährungen um den Bitcoin herum modernes Geld gibt, das nicht von Zentralbanken beeinflusst werden kann.
2. Bitcoin & Co stehen nicht zur Schuldenfinanzierung unseriösen Finanzgebahrens der überschuldeten Staaten zur Verfügung.
3. Der Bitcoin kann von Banken nicht missbraucht werden zur Geldvermehrung. Es wird nie mehr als 21 Millionen Bitcoin geben. Ist diese Marke erreicht, wird nicht ein einziger zusätzlicher Bitcoin mehr geschaffen. Bei steigender Nachfrage nach Bitcoin steigt folgerichtig der Wert der digitalen Münze und nicht seine Anzahl.
4. Die daraus folgende strukturelle Überlegenheit des Bitcoins im Vergleich zu Euro, Dollar, Yen und Pfund wird allmählich zu einer beständig steigenden Nutzung des Bitcoin führen. Damit einhergehend ist folgerichtig eine sich verringernde Nutzung des herkömmlichen Fiat Geldes.
5. Die Möglichkeiten der Staaten und ihrer Zentralbanken zum Missbrauch des Finanzsystems zu ihren Gunsten wird beständig – Schritt für Schritt – schrumpfen.

Das alles kann man bereits heute als entschieden, somit als dauerhaft festgeschrieben betrachten.

Bitcoin hat sein Ziel damit komplett erreicht, das man sich nach der Finanzkrise und ihrem Höhepunkt um Lehman Brothers herum gesetzt hatte!

Es war nie das Ziel von Satoshi Nakamoto und der anderen Väter des Bitcoin den Staaten ihre Möglichkeiten zu nehmen, Steuern erheben zu können. Es war auch nie ihr Ziel, eine Währung zu schaffen, die die Finanzierung von Terrorismus erleichtern sollte oder Kriminellen helfen.

- Von daher wird durch innerstaatliche Regulierungen, die aktuell diskutiert und umgesetzt werden, die Grundidee des Bitcoin gar nicht tangiert. Eher das Gegenteil wird erreicht.
- Der einfache Bürger sehnt sich geradezu nach staatlicher Regulierung und der Illusion damit einhergehender Sicherheit. Je mehr reguliert wird, um so mehr Menschen werden ein gutes Gefühl haben, wenn sie bei Bitcoin mitmachen. All das führt zur verstärkten Nutzung von Bitcoin.

Die Regulierung der Kryptowährungen ist damit als letztes Spielfeld den Staaten verblieben.

Es geht hier im Ergebnis aber nur noch darum, die Staatseinnahmen durch die zunehmende Nutzung der Kryptowährungen nicht zusammenbrechen zu lassen.

Die Steuereinnahmen sollen gesichert werden.

Die neue einschlägige EU-Richtlinie vom 19. April 2018, die das EU-Parlament verabschiedet hat, dient allein noch diesem Ziel. Das die Richtlinie noch immer heisst "Richtlinie zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung" kann darüber nicht hinwegtäuschen.

Was steht in dieser Richtlinie drin?

1. Die Betreiber von Handelsplattformen für virtuelle Währungen müssen künftig nicht lediglich zugelassen und eingetragen werden.
2. Handelsplattformen in der EU müssen ausserdem die Identität ihrer Kunden im Rahmen der „üblichen Sorgfaltspflichten“ der Banken und Finanzhäuser festhalten und kontrollieren.
3. Sie müssen deshalb künftig auch die Identität der Kunden dokumentieren.
4. Sie müssen die Wallet-Adressen feststellen zwecks Hinterlegung in einer zentralen Datenbank.
Damit soll die Anonymität von Kryptowährungen aufgehoben werden.
5. Ähnlich wie alle Banken müssen Online-Handelsplätze in Zukunft alle Transaktionsbelege bis zu zehn Jahren nach Ende der Geschäftsbeziehung mit dem Kunden aufheben. Bei langfristigen Kundenbeziehungen verlängert sich demnach die Aufbewahrungspflicht.

Wer mit seiner Handelsplattform für Kryptowährungen sich entscheidet, von innerhalb der Europäischen Union Kunden bedienen zu müssen, wird sich daran zu halten haben. Wer aus einer anderen Jurisdiktion heraus agiert, dem kann das egal sein.

Der Rubicon ist überschritten: "Alea iacta est."

Die Staaten haben vor dem Erfolg des Bitcoin kapituliert. Bitcoin hat gewonnen.

Der normale Bürger, der Kryptowährungen nutzt, hat damit auch gewonnen, weil er jetzt eine Währung nutzen kann, die von den Staaten zusammen mit dem Finanzsystem nicht mehr missbraucht werden können.

Niemand bestreitet das Recht und die Notwendigkeit von Staaten, Einnahmen erzielen zu müssen. Wird die Steuerschraube aber überdreht zum Zwecke der Umverteilung und unsinniger Geldverschwendung, hat der Bürger die Möglichkeit, die Besteuerung seiner Bitcoin zu

optimieren. Das ist bei Kryptowährungen weit einfacher möglich als bei den traditionellen Währungen. Bei Bitcoin wird es nie so etwas wie eine OECD geben können. Die OECD konnte Staaten zu weitgehenden Auskünften verpflichten, nachdem nach Abschaffung des Bankgeheimnisses die Banken mit ihrer Compliance-Bürokratie zu Aussenstellen der Finanzämter verkommen sind.

Das funktioniert im System der Kryptowährungen nicht.

1. Man kann sich mühelos weitere Bitcoin Wallets einrichten, die nirgends registriert sind.
2. Man kann auch aus dem Bitcoin in Kryptowährungen umtauschen, die absolut anonym und nicht nachverfolgbar funktionieren. Dort kann man ebenfalls seinen Zahlungsverkehr abwickeln.
3. Von dort kann man auch in Bitcoin Wallets wechseln, die gar nicht registrierbar sind.
4. Man kann von dort aus umwechseln in herkömmliches Geld über zuverlässige "Wechselstuben", die nicht dem Recht irgendwelcher EU-Richtlinien unterfallen.
5. Man kann dann Banken und deren Kreditkarten nutzen, die über die OECD nicht zum Informationsaustausch verpflichtet sind.
6. Es empfiehlt sich an dieser Stelle auch die Nutzung von Strukturen - Gesellschaften oder Stiftungen aus geeigneten Jurisdiktionen. Die Anonymisierung von Bitcoin Vermögen ist weitaus einfacher umsetzbar als bei herkömmlichen Währungen. Das gelingt uns dort seit Jahrzehnten, aber mit Kryptowährungen ist alles noch einmal weit einfacher.

Die Mehrheit der braven unkritischen Durchschnittsbürger wird ihre Bitcoin komplett versteuern. Aber es gibt auch den kritisch abwägenden Staatsbürger, der sich seiner angestammten Freiheitsrechte bewusst ist. Diese Person wird eher selbst darüber bestimmen wollen, was in rechtlich sauberer Form von dem zu trennen ist, worauf der Staat Zugriff zu nehmen berechtigt sein soll.

[ZUM KONTAKTFORMULAR](#)